

Der Sächsischer Erzähler

Blatt

Tageblatt

**Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk
Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten**

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volkskreisen.

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und...
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Druckumsatz: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei ins Haus halbjährlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Bestellungen, sowie unser Zeitungsausträger und die Geschäftsstelle nehmen jedwede Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgeldkasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Geldmarken): Die 43 mm breite oberste Spalte 25 Pfg., mittlere Spalten 20 Pfg., die 30 mm breite Spalte (im Textteil) 10 Pfg. Zahlung in Vorauszahlung am amtlichen Briefkurs vom Tag der Rechnung, jedoch nicht mehr als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Behalt nach Zahl. Die Sammelanzeigen tarifieren. Ausschlag. — Erklärungsart Bischofswerda

Nr. 90

Sonntag, den 18. April 1926.

81. Jahrgang

Tageschau.

* Bei den Parteilaherbesprechungen mit der Reichsregierung wurde eine Einigung über die Fürstenabfindung und das Duellgesetz erzielt.

Reichsminister Dr. Stresemann ist am Freitag nach etwa vierzehntägigem Aufenthalt in Locarno nach Deutschland abgereist, um über Stuttgart, wo er an dem Parteitag der Deutschen Volkspartei teilnehmen wird, nach Berlin zurückzukehren.

* Die Sowjetregierung hat beim französischen Kriegsministerium wegen der Waffen- und Munitionslieferungen an Polen Einspruch erhoben.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Erklärungen

des Reichswirtschaftsministers.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über Außen- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung.

Mannheim, 16. April. (Drähtb.) Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius widmet im Mannheimer Generalanleger dem badischen Landesparteitag der Deutschen Volkspartei ein Geleitwort, das besonders durch die verschiedenen Hinweise in der Presse über angebliche Differenzen zwischen der Politik des derzeitigen Reichswirtschaftsministers und der des Reichsernährungsministers Dr. Haslinder von Interesse ist. Das Geleitwort lautet u. a.: Der Landesparteitag der Deutschen Volkspartei Badens fällt in eine Zeit stürmischer außenpolitischer Aktivität und weitgehendster Wirtschaftsfürsorge der Reichsregierung. Außenpolitisch suchen wir die Locarnopolitik bis in die letzte Auswirkung völliger Befreiung des Rheinlandes zu entwickeln und gleichzeitig in der sogenannten Studient Kommission des Völkerbundes, an dessen Ausgestaltung zu einem echten Völkerbund mitzuwirken, bei voller Freiheit der Entscheidung hinsichtlich unseres Eintritts. Dabei werden wir uns nicht in eine einseitige Westorientierung drängen lassen. Wirtschaftlich spannt das Reich die äußersten Kräfte an, um der Wirtschaft zur Überwindung der Krise zu helfen und legt zugleich Richtlinien für eine die höchste Energie und Leistung aller Faktoren sichernden Wirtschaftspolitik fest. Ich erinnere an die Finanzierung der Reichsbahn, Aufnahme der Ruffentkredite, die Zwischenkredite für die Belebung der Bauwirtschaft, auf landwirtschaftlichem Gebiet an die Kredite der Goldkreditanstalt, die Förderung des Düngemittelabfasses durch Ausfallgarantien, die Ueberweisung von Ueberflüssen der Reichsgeldstelle zur Stärkung des Roggenmarktes. In der Wirtschaftspolitik bedarf die Reichsregierung der Unterstützung aller Kräfte, wie sie ihrerseits überzeugt ist, das Gesamtwohl zu fördern und keine einseitigen Ziele zu verfolgen. Der Herr Ernährungsminister hat in seiner Rede vom 24. März erklärt: Auch ich stimme also für die sofortige größtmögliche Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und der Ausfuhr, aber unter keinen Umständen auf Kosten der Existenzfähigkeit der Landwirtschaft.

Ich habe am 20. März darauf hingewiesen, daß wir unser ganzes System darauf aufbauen haben, einen Ausweg aus den verschiedenen Bedürfnissen zu finden, daß es nicht angeht, nur Exportpolitik oder nur Binnenwirtschaft zu treiben. Wir sind also beide eingetreten für das, was wiederum der Herr Ernährungsminister richtig gekennzeichnet hat, für die bei der Lage der deutschen Wirtschaftsverhältnisse einzig mögliche Lösung: Agrar- und Industriestaat. Von dieser gemeinsamen Grundlage aus hat jeder von uns in seiner Eigenschaft die ihm nun einmal ressortmäßig anvertrauten Aufgaben mit ihrer Besonderheit dargestellt. Es ist völlig verfehlt und höchst bedauerlich, daß in der Öffentlichkeit dieses Nebeneinander, diese Parallelität in ein Gegeneinander, eine Divergenz verwandelt wird. Ich behalte mir vor, über die vorstehend nur angedeuteten Fragen auf dem Parteitag eingehend zu sprechen. In Baden als Grenz- und Rheinland ist das Interesse für die Außenpolitik allseitig rege gewesen. Andererseits ist man hier bei der Besonderheit der landwirtschaftlichen Wirtschaftslage in allen Fragen der Wirtschaftspolitik des Reiches heftig und selbständig. Möchten unsere Beratungen zum Nutzen unserer Heimat und unseres Vaterlandes dienen.

Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Die europäische Politik ist in ihrer geheimnisvollen Geschäftigkeit aufgeschauert worden durch die einflussreichen Nachrichten über die deutsch-russischen Verhandlungen und einen angeblichen Rückversicherungsvertrag. Das, was bei dieser Erregung zum Vorschein kam, bestätigt nur die Vermutung, daß seit der Konferenz von Locarno, vor allem seit der letzten Tagung des Völkerbundes manche Dinge geschehen sind, die das Licht des neuen „Friedens“ zu scheuen haben. Frankreich hat tatsächlich in den letzten Wochen im großen Umfang eine neue Entreisung Deutschlands versucht, und zwar durch Verträge mit und zwischen den slawischen Staaten, die die Gefahr eines antideutschen slawischen Blocks näherrücken. Angesichts dieser Erfolge ist es verständlich, daß Frankreich im Gegensatz zu früher durch aus nicht mehr das Bedürfnis zur Veranbarung der geschlossenen Verträge im Völkerbund hat. Der tatsächliche Hintergrund der englischen Meldungen, die auf eine Verletzung des vereinbarten Paktes durch Deutschland hinausweisen, ist nichts als ein gewisser Ausbau und eine Verwollständigung des Rapallovertrages. Die Ententestaaten waren darüber unterrichtet. Die Vermutung, daß das Reich mit den russischen Verhandlungen eine große politische Schwentung beabsichtigt, wurde von Berlin aus dementiert. Deutschland hat sich eben auf den Weg des Westpakt und des Völkerbundes festgelegt, das zeigt von neuem auch die deutsche Antwort an den Völkerbund und die Annahme der Einladung zur Studientkommission, auch wenn man betont, daß sich Deutschland durch diesen Schritt zu nichts verpflichtet. Man scheint sich auch in Paris und London über den angeblichen deutschen Umschwung nach Osten allmählich wieder zu beruhigen, und es bleibt nur noch für Deutschland die brennende Frage einer Klärung der eigenartigen französischen Pläne in unserer Nachbarschaft, die anlässlich der Reise Paul Boncour's nach Warschau aktuell wurden.

Polnische Mißstimmung über die deutsch-russischen Verhandlungen.

Warschau, 17. April. (Drähtb.) Das in französischer Sprache erscheinende Organ der polnischen Regierung „Reflexion Polonais“ greift die deutsche Regierung wegen ihrer Außenpolitik auf das schärfste an. Das Blatt behauptet, die deutsch-russischen Verhandlungen seien ein Spiel, aus dem man nicht klug werden könne.

Die Einigung über die Fürstenabfindung und die Duellfrage.

Berlin, 16. April. (T.-L.) Die Kompromißvorschlüsse über die Fürstenabfindung und die Duellfrage, die heute in der Angelegenheit der Fürstenabfindung zwischen den Regierungsparteien des Reichstages und der Reichsregierung eine Einigung erzielt worden ist, bedeuken sich inhaltlich mit dem Kompromißentwurf, der vom Rechtsausschuß des Reichstages vor Ostern in der ersten Lesung erlassen worden war. Nur sind auf Wunsch des Reichsjustizministeriums einige andere Formulierungen des Textes gewählt worden. Die wesentlichen Bestimmungen des Kompromisses gehen dahin, daß der Sondergerichtshof für die Auseinandersetzung zwischen den Fürsten und den ehemaligen Fürstenthümern aus einem Vorkommenden und vier nichtrichterlichen und vier richterlichen Beisitzern bestehen soll. In den Fällen, wo eine Gesamtabfindung stattgefunden hat, kann nur auf Antrag beider Parteien das Verfahren wieder aufgenommen werden. Bis zum Jahre 1950 dürfen die aus den Entschädigungen genommenen Mittel nur zum privatwirtschaftlichen Gebrauch oder zu wohltätigen oder zu kulturellen Zwecken verwendet werden. Ebenfalls bis zu diesem Jahre darf ein ausgezahltes Kapital nur mit Genehmigung des Bundes in das Ausland gebracht werden. In der neuen Formulierung wird der Kompromißentwurf am nächsten Dienstag dem Rechtsausschuß des Reichstages vorgelegt werden. Bei dieser Gelegenheit wird der Reichsminister Dr. Küg eine Erklärung zur Frage des verfassungsändernden Charakters des Gesetzes abgeben. Die Erklärung steht jedoch offiziell noch nicht fest. Weitere Verhandlungen mit anderen Reichstagsparteien in der Frage dieses Gesetzesentwurfes sind nicht vorgesehen.

Für das Gesetz zur Vereinfachung des Militärstrafrechts, das die Dienstentlassung wegen Duellvergehens behandelt, liegt dem Reichsrat bereits ein neuer Entwurf vor. Die heute zwischen den Regierungsparteien und der Regierung in dieser Angelegenheit erzielte Einigung geht dahin, daß auf Übertragung des Amtes

erkannt werden kann, aber in besonderen Fällen wie etwa bei leichtfertigen oder ehrlosen Verhalten auf Übertragung des Amtes erkannt werden muß. Diese Bestimmungen gelten für alle Beamte allgemein, also nicht allein für Offiziere.

Das Fürstenkompromiß verfassungsändernd?

Im Gegensatz zu dem „Berl. Tagebl.“ wissen „Vorwärts“ und „Voss. Zig.“ zu melden, daß der Gesetzesentwurf über das Kompromiß zu der Fürstenabfindung von der Reichsregierung als verfassungsändernd betrachtet wird. Nach den gestrigen Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Koalitionsparteien soll nach dem letztgenannten Platte Reichsminister Dr. Marx erklärt haben, daß nach Auffassung der juristischen Sachverständigen zur Annahme des Gesetzesentwurfes unabweisbar eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein werde, da der Entwurf in den Bestimmungen über die Enteignung über die von der Verfassung gezogenen Grenzen hinausgehe. Dieser Auffassung hätten sich auch die Vertreter der Parteien angeschlossen.

Der Kleinwohnungskredit des Reiches.

Berlin, 17. April. (Drähtb.) Von dem zur Förderung des Kleinwohnungsbaues durch Reichsgesetz vom 28. März 1926 bewilligten Kredit von 200 Millionen Reichsmark hat der Reichsfinanzminister die ersten 40 000 Millionen Reichsmark zu dem Zinssatz von 6,75 Proz. bereitgestellt. Da die den Kredit vermittelnden Anstalten zur Abdeckung ihrer Gesamtkosten nur einen Verwaltungskostenbeitrag von höchstens 0,5 Proz. im Jahre erheben dürfen, erhält also der Bauherr diesen Zwischenkredit zu dem Zinssatz von 7,75 Prozent.

Die Marienbader Quellen bleiben deutsch.

Eine Entscheidung des tschechischen Verwaltungsgerichts. Prag, 16. April. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Saha sollte heute der Senat des Verwaltungsgerichtshofes die mit Spannung erwartete Entscheidung über die Beschwerde, die das Kloster Tepl gegen das Bodenamt wegen der Beschlagnahme der Marienbader Quellen und Bodenrichtungen erhoben hatte. Die Entscheidung fiel in einem für das Kloster günstigen Sinne aus. Durch sie wird das unverantwortliche, freche Vorgehen des tschechischen Bodenamtes gegen den 100jährigen Marienbader Besitz des deutschen Klosters Tepl gebührend an dem Pranger gestellt. Einem Teil der Beschwerde wurde Folge gegeben und die Verfügungen des Bodenamtes wurden aufgehoben, da sie mit dem Gesetz, insbesondere mit dem § 2 des Beschlagnahmegesetzes, in direktem Widerspruch stehen. Ein anderer Teil der Beschwerde wurde wegen mangelhafter Erhebungen zurückgewiesen, eine nochmalige Verhandlung bei vollständigerem Material aber freigestellt.

Russische Währungskrise.

Größe Deuarung in Moskau. Moskau, 16. April. (T.-L.) Der andauernde Sturz des Tscherwonetz hat in Moskau größte Deuarung bei der Sowjetregierung hervorgerufen. Man ist jetzt dazu übergegangen, zahlreiche Privatbanknoten zu verhaften, die im Verdacht stehen mit ausländischen Werten gehandelt zu haben. Es ist festgestellt worden, daß die Deuarung in den Hafenstädten von Matrosen ausländische Werten zu kaufen sucht. An den schwarzen Börsen wird für gute ausländische Werten bereits jeder Preis gezahlt. Wie verstanden, hat sich die Sowjetregierung in den letzten Tagen eingehend mit dem Tscherwonetz-Sturz beschäftigt und Maßnahmen beschließen. Vor allem soll so schnell als möglich in Amerika eine große Anzahl aufgenommen werden, für die der größte Teil des Staatsschatzes verpfändet werden soll. Der amerikanischen Nationalbank in Washington sollen die Pfandobjekte übergeben werden.

Ein russischer Protest in Paris.

Rußland und die Besatzungen in Polen. Moskau, 16. April. (T.-L.) Die Sowjetregierung hat eine Anfrage an das französische Außenministerium gestellt, ob es richtig ist, daß das französische Kriegsministerium Waffen und Munition nach Polen geschickt hat. Nach den hier vorliegenden Angaben soll von Gorkow bereits ein Schiff mit Waffen nach Polen abgegangen sein. Inzwischen